

Stand: 23.02.2026 01:24:51

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/19397

"Demokratiefeindliche Äußerungen in AfD-Chatgruppe ächten"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/19397 vom 07.12.2021
2. Beschluss des Plenums 18/19504 vom 09.12.2021
3. Plenarprotokoll Nr. 101 vom 09.12.2021



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Cemal Bozoğlu, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Johannes Becher, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Ursula Sowa, Dr. Sabine Weigand** und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Demokratiefeindliche Äußerungen in AfD-Chatgruppe ächten

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag verurteilt die demokratiefeindlichen, gewaltlegitimierenden und rassistischen Äußerungen in der „Alternativen Nachrichtengruppe Bayern“ der AfD-Fraktion, in der neben fast allen Mitgliedern des Landesvorstands und der bayerischen Bundestagsabgeordneten der AfD-Fraktion auch 16 von 18 Abgeordneten der AfD-Fraktion im Landtag Mitglied waren. Aufrufe von Mandatsträgern zu „Umsturz“, „Revolution“ und „Bürgerkrieg“ stellen das repräsentative parlamentarische System grundlegend in Frage und zielen auf eine Machtübernahme jenseits demokratischer Mehrheiten. Der Landtag verurteilt aufs Schärfste Aufrufe zum gewaltsamen Umsturz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, insbesondere, wenn sie von Mitgliedern des Hohen Hauses getätigt werden. Es stellt sich die Frage, inwiefern Abgeordnete, die solche Äußerungen tätigen oder tolerieren, sich noch auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und der Bayerischen Verfassung bewegen. Die Staatsregierung wird daher dazu aufgefordert, über die Sicherheitsbehörden dafür zu sorgen, dass die aufgrund von Medienrecherchen bekannt gewordenen Chatverläufe sorgfältig ausgewertet und in die Entscheidung über eine Neubewertung und Beobachtung der gesamten AfD einbezogen werden.

Begründung:

In der zentralen Chatgruppe der AfD-Fraktion mit dem Namen „Alternative Nachrichten-gruppe Bayern“ werden das demokratische System in Deutschland als „korrupt“ und „kriminell“ diffamiert und die politischen Repräsentanten als „regierende Verbrecher“ denunziert. In Äußerungen von Parteifunktionären wird festgestellt, dass ohne Umsturz und Revolution kein Kurswechsel mehr erreichbar sei. Wahlen würden ohnehin nichts ändern. Eine Abgeordnete des Landtags stellt dort fest, „dass wir ohne Bürgerkrieg aus dieser Nummer nicht mehr rauskommen werden“. Ein Mitglied des Landesvorstands der AfD-Fraktion signalisiert hierzu „absolute Zustimmung“. Andere Chatteilnehmer sehen in dem demokratischen System der Bundesrepublik eine „Mischung aus national-sozialistischer und Stasi-Diktatur“ und „definitiv keine Demokratie mehr“. Als politische Konsequenz wird gefordert: „Wir brauchen eine totale Revolution. Anzünden müsste man diese ganze Politik“. Die meisten dieser Äußerungen blieben ohne Widerspruch der über 200 Chatteilnehmer.

Die Äußerungen in der internen Chatgruppe der AfD-Fraktion offenbaren eine demokratiefeindliche Haltung großer Teile der AfD. Laut Recherchen des Bayerischen Rundfunks beteiligten sich 16 von 18 Landtagsabgeordneten und elf von zwölf Bundestagsabgeordneten der AfD sowie zehn von 13 Mitgliedern des AfD-Landesvorstandes an

der Chatgruppe auf dem Messenger Telegram. Insgesamt beteiligen sich ungefähr 200 Personen an der Chatgruppe. Es handelt sich also um das zentrale Medium zum internen Austausch der Funktions- und Mandatsträgerinnen und -träger der AfD-Fraktion.

Zahlreiche Äußerungen in dem Chat zielen auf einen Umsturz des politischen Systems jenseits der regulären demokratischen Verfahren und legitimieren letztendlich auch eine gewalttätige Machtübernahme. Damit ist die Grenze vom Rechtspopulismus zum verfassungsfeindlichen Rechtsextremismus eindeutig überschritten. Die jetzt bekannt gewordenen Äußerungen müssen sorgfältig von den Sicherheitsbehörden geprüft werden. Sie müssen in die Bewertung der AfD als Gesamtpartei einfließen und bei der Entscheidung über ihre Beobachtung berücksichtigt werden.

Bereits im Januar 2019 wurde die AfD durch das Bundesamt für Verfassungsschutz aufgrund rechtsextremer Tendenzen in der Partei zum „Prüffall“ erklärt. Zeitgleich wurden der völkisch-nationale „Flügel“ und die Parteijugend „Junge Alternative“ der Partei zum „Verdachtsfall“ erklärt und dürfen seitdem auch mit nachrichtendienstlichen Mitteln beobachtet werden. Diese Praxis wurde von den Sicherheitsbehörden übernommen. Im Frühjahr 2021 hat dann das Bundesamt für Verfassungsschutz nach eingehender Prüfung angekündigt, die gesamte AfD zum „Verdachtsfall“ hochzustufen. Hiergegen ist eine Klage der AfD vor dem Kölner Verwaltungsgericht anhängig, die bisher noch nicht rechtskräftig beschieden wurde. Seitdem liegt das Verfahren zur Beobachtung der AfD auf Bundesebene auf Eis.

Einige Bundesländer wie Brandenburg, Sachsen-Anhalt oder Thüringen sind bereits eigenständig tätig geworden und haben beschlossen, die gesamte AfD als rechtsextreme Partei unter Beobachtung der Sicherheitsbehörden zu stellen. Bayern hat sich bisher nicht zu einem solchen Vorgehen durchringen können, sondern die bayerische Staatsregierung hat verkündet, erst einmal die Entscheidung auf Bundesebene abwarten zu wollen. Bis zu einer rechtskräftigen, höchstinstanzlichen Entscheidung der Gerichte auf Bundesebene können allerdings noch Jahre vergehen. Angesichts der rasanten Radikalisierung der AfD-Fraktion ist ein weiteres Abwarten bis zu einer Klärung auf Bundesebene nicht mehr angemessen. Eine Beschränkung der Beobachtung auf den mittlerweile aufgelösten völkisch-nationalen „Flügel“ und die „Junge Alternative“ ist nicht länger sachgerecht, weil die AfD in Bayern insgesamt von völkisch-nationalen und demokratiefeindlichen Positionen dominiert wird.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Cemal Bozoğlu, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Johannes Becher, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Ursula Sowa, Dr. Sabine Weigand** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 18/19397

Demokratiefeindliche Äußerungen in AfD-Chatgruppe ächten

Der Landtag verurteilt die demokratiefeindlichen, gewaltlegitimierenden und rassistischen Äußerungen in der „Alternativen Nachrichtengruppe Bayern“ der AfD-Fraktion, in der neben fast allen Mitgliedern des Landesvorstands und der bayerischen Bundestagsabgeordneten der AfD-Fraktion auch 16 von 18 Abgeordneten der AfD-Fraktion im Landtag Mitglied waren. Aufrufe von Mandatsträgern zu „Umsturz“, „Revolution“ und „Bürgerkrieg“ stellen das repräsentative parlamentarische System grundlegend in Frage und zielen auf eine Machtübernahme jenseits demokratischer Mehrheiten. Der Landtag verurteilt aufs Schärfste Aufrufe zum gewaltsamen Umsturz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, insbesondere, wenn sie von Mitgliedern des Hohen Hauses getätigt werden. Es stellt sich die Frage, inwiefern Abgeordnete, die solche Äußerungen tätigen oder tolerieren, sich noch auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und der Bayerischen Verfassung bewegen.

Die Staatsregierung wird daher dazu aufgefordert, über die Sicherheitsbehörden dafür zu sorgen, dass die aufgrund von Medienrecherchen bekannt gewordenen Chatverläufe sorgfältig ausgewertet und in die Entscheidung über eine Neubewertung und Beobachtung der gesamten AfD einbezogen werden.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Dr. Fabian Mehring

Abg. Ralf Stadler

Abg. Katharina Schulze

Abg. Ulrich Singer

Abg. Toni Schuberl

Abg. Florian von Brunn

Abg. Alexander Muthmann

Abg. Manfred Ländner

Staatsminister Joachim Herrmann

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 28** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),

Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion (CSU)

Unsere Demokratie vor ihren Feinden schützen! ([Drs. 18/19391](#))

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Christian Klingen, Andreas Winhart u. a. und Fraktion (AfD)

Unsere Demokratie vor ihren Feinden schützen! ([Drs. 18/19473](#))

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Dr. Simone Strohmayr, Arif Tasdelen u. a. und Fraktion (SPD)

Aufrufe zu Bürgerkrieg und Umsturz durch Abgeordnete: rechtsextremen Tendenzen entschieden entgegenwirken! ([Drs. 18/19474](#))

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Cemal Bozoglu u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Demokratiefeindliche Äußerungen in AfD-Chatgruppe ächten ([Drs. 18/19397](#))

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile das Wort an den Kollegen Dr. Fabian Mehring von der Fraktion der FREIEN WÄHLER. – Herr Mehring, Sie haben das Wort.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Deutschland ist ein "Bananenland". Das System ist "korrupt" und "kriminell". Die "regierenden Verbrecher" haben das demokratische System zu einer "Mischung aus nationalsozialistischer und Stasi-Diktatur" gemacht. Deutschland ist "definitiv keine Demokratie mehr". "Corona ist die beste Erfindung, die totalitäre Staaten wie Deutschland für sich entdeckt haben". Die Impfungen gegen das Coronavirus sind "ein Genozid an den reichen Europäern und Nordamerikanern". "Ohne Umsturz und Revolution erreichen wir hier keinen Kurswechsel mehr". Wahlen "helfen ohnehin nicht mehr".

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das sind keine Auszüge aus der Kommunikation irgendeiner terroristischen Gruppierung, die unser Verfassungsschutz aufgedeckt hätte. Das ist nicht die interne Kommunikation irgendwelcher irrer Reichsbürgerkreise. Nein, meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist die interne Kommunikation einer vermeintlich demokratischen Gruppierung. Das ist die interne Kommunikation der AfD Bayern. Das ist die Kommunikation, an der 16 von 18 Kolleginnen und Kollegen teilnehmen, die inmitten und im Herzen unseres Parlamentes sitzen. Da muss es und kann es jedem Demokraten nur eiskalt den Rücken hinunterlaufen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Jetzt könnte man meinen, überall dort, wo viele Menschen in vielen Parteien organisiert sind, da gibt es immer auch Irrläufer. Das waren halt Irrläufer aus der dritten oder vierten Reihe, und mit Sicherheit wird die Parteiführung – werden die Oberen – denen schon die Spur einstellen und die Dinge geraderücken. Aber nein, gerade das Gegenteil ist der Fall.

Was ist die Antwort eines Mitglieds des Landesvorstandes der AfD auf diese Kommunikation? – "Absolute Zustimmung". Was ist die Antwort eines Mitglieds dieses Hohen Hauses? – Die Antwort eines Mitglieds im Bildungsausschuss des Bayerischen Land-

tags, der unter anderem auch für die Extremismusprävention zuständig ist, lautet: "Denke, dass wir ohne Bürgerkrieg aus dieser Nummer nicht mehr rauskommen werden". Bürgerkrieg in unserer gemeinsamen Heimat als politische Agenda der AfD in Bayern? – Meine Damen und Herren, das sprengt die Vorstellungskraft von allem, was wir bislang in diesem Parlament erlebt haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Frau Cyron steht damit aber nicht alleine. Sie bewegt sich in bester Gesellschaft weiterer Mitglieder von Parlamenten auf Bundes- und Europaebene. Ein Europaparlamentarier der AfD schlägt in dieser Gruppe vor, einen Schweinekopf vor einer Moschee zu platzieren. – Liest man einmal, was die Landesvorstandsmitglieder der AfD der Fraktion der AfD als Arbeitsauftrag mit auf den Weg geben, dann fällt einem so einiges wie Schuppen von den Augen. Da wird an die Adresse der Mitglieder dieses Hohen Hauses Folgendes formuliert:

Bekämpft bitte (oder auch gefälligst) mit dem vielen Geld, das ihr vier lange, weitere Jahre [...] bekommt, das Deutschland meuchelnde System. Das erwarten unsere Wähler. Der Widerstand der Straße würde es euch danken.

Das ist, in Reinform formuliert, was die AfD-Landesspitze, was diese radikale Partei von den Mitgliedern dieses Parlamentes erwartet. Die Mitglieder dieses Parlamentes erfüllen diesen Auftrag.

Weil das Ihr Auftrag ist, treten Sie mit Gasmaske an das Rednerpult. Weil das Ihr Auftrag ist, stehen Sie nicht auf, wenn wir des ermordeten Walter Lübcke gedenken. Weil das Ihr Auftrag ist, korrumpieren Sie den Festakt mit Charlotte Knobloch. Weil das Ihr Auftrag ist, laden Sie Björn Höcke in dieses Parlament ein. Weil das Ihr Auftrag ist, kassieren Sie in einer Legislaturperiode mehr Rügen, als es in der gesamten Geschichte des Parlamentes zusammen gab. Weil das Ihr Auftrag ist, hetzen Sie in jeder einzelnen Rede gegen Ausländerinnen und Ausländer. Weil das Ihr Auftrag ist, leug-

nen Sie fortlaufend die Gefahren von Corona. All das muss spätestens jetzt ein Ende finden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Meine Herren der AfD, das muss jetzt ein Ende finden, da Sie mit den aus Ihren internen Chatverläufen geleakten Formulierungen eine neue Qualität dessen, was wir mit Ihnen durchleben müssen, erreicht haben. Sie haben die Brandmauer zwischen Rechtspopulismus auf der einen Seite, der uns Demokratinnen und Demokraten unfassbar nervt, den wir in einer Demokratie aber ertragen müssen, und illegalem Rechtsextremismus auf der anderen Seite gesprengt. Ihre internen Formulierungen sind schlichtweg verfassungsfeindlich, illegal und rechtsextrem. Das ist ein Faustschlag in die Mitte des Gesichtes unserer bayerischen Demokratie.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wir kommen nicht umhin, heute fraktionsübergreifend unter allen Demokratinnen und Demokraten festzustellen, dass Ihr Storytelling aufgefliegen ist, dass Ihnen Ihre vermeintlich bürgerliche Maske vom Gesicht gezogen worden ist und sich jetzt Ihre hässliche, nationalistische Fratze zeigt. Wir kommen auch nicht umhin, eine dringend notwendige Debatte in diesem Land zu führen. Unser Land braucht jetzt eine Debatte darüber, wie unsere Demokratie mit dem Wissen darüber umgeht, dass Feinde unserer Verfassung inmitten unseres Parlamentes dort rechts außen sitzen und in der Herzkammer unserer Demokratie mitwirken.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Niemand von uns Demokratinnen und Demokraten hat eine Mitschuld an der Radikalisierung der AfD. Aber wir alle haben eine Mitverantwortung dafür, wie wir jetzt mit diesem Wissen umgehen. Dieser Mitverantwortung müssen wir gerecht werden. Geistige Brandstiftung aus der Mitte unseres Parlamentes dürfen und können wir nicht akzeptieren. Der gesetzte Keim dieser geistigen Brandstiftung ist die Saat für Früchte wie

den Mord an Walter Lübcke. Das ist die Saat dafür, dass Menschen mit Fackeln vor dem Privathaus der sächsischen Gesundheitsministerin auftreten. Das ist die Saat für solch nationalistische Umtriebe, die unser Land nie wieder tolerieren darf. Wir müssen diese Saat in Bayern, wo wir die Verantwortung tragen, mit aller Kraft im Keim ersticken.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen, lassen Sie uns deshalb heute dafür sorgen, dass wir mindestens drei Signale aussenden:

Ein Signal muss nach innen gehen, an die Adresse der AfD-Fraktion, insbesondere an all diejenigen, die sich als vermeintlich "Gemäßigte" verstehen. Wir müssen diesen Menschen jetzt sagen: Die rote Linie ist überschritten. Euer Versuch, von innen die Radikalisierung aufzuhalten, ist erkennbar final gescheitert. Die Geister, die ihr gerufen habt, werden wir nicht mehr los. Es ist jetzt keine Option mehr, dort mitzumachen. Wer in Kenntnis dessen, was in dem Chat kommuniziert wurde, morgen noch Mitglied dieser Gruppierung ist, der macht sich mitschuldig an rechten Umtrieben in unserem Land, an Extremismus und seinen Blüten. Niemand, der sich als gemäßigt versteht, lieber Franz Bergmüller und andere, kann länger Mitglied dieser Gruppe sein. Ich fordere Sie, ich fordere euch auf: Zieht den Schlussstrich, zieht die rote Linie und kehrt diesem Wahnsinn endlich den Rücken!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU, der GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Das zweite Signal, das wir aussenden müssen, und zwar ganz dringend, ist eines an die Wählerinnen und Wähler der AfD, an all die Menschen, die aus einem gewissen Frust heraus geglaubt haben, aus Protest die AfD wählen zu müssen in der Hoffnung auf Veränderung. Wir müssen diesen Menschen sagen: Dieses Experiment ist gescheitert. Ihr habt eure Stimme verschenkt. Ihr habt sie rechtsextremen Umtrieben ge-

geben. Wenn ihr Veränderung wollt, dann könnt ihr nichts Schlechteres machen, als die AfD zu wählen. Denn wenn jemand keine Veränderung bringen kann, dann ist es diese Truppe, die nach drei Jahren in diesem Parlament Woche um Woche Mitglieder verliert, ja die bei ihrer eigenen Klausurtagung nicht einmal in der Lage ist, sich auf eine Tagesordnung zu verständigen, und deren parlamentarische Performance so unterirdisch ist, dass eines klar ist: Wenn irgendjemand in Bayern und in ganz Deutschland nichts zum Besseren verändern kann, dann ist es die AfD. Das müssen wir den Menschen sagen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Drittens und letztens, meine Damen, meine Herren, müssen wir spätestens jetzt alle Schutzmechanismen unseres Rechtsstaates aktivieren, die Generalstaatsanwaltschaft und auch den Verfassungsschutz. Wir dürfen uns nicht mitschuldig machen an dem, was da passiert. Wenn Feinde unserer Verfassung tätig sind – damit nehme ich Bezug auf Ihren Dringlichkeitsantrag –, dann hat das nichts mit einer Beobachtung der Opposition durch den Inlandsgeheimdienst zu tun, sondern dann werden Menschen beobachtet, die unser Land und seine Menschen, die unsere Demokratie gefährden, weil sie sich nicht Demokratie, sondern erklärtermaßen einen Bürgerkrieg wünschen. Wer sich einen Bürgerkrieg wünscht, der ist brandgefährlich für unsere gemeinsame Heimat. Dem muss man auf die Finger schauen. Deshalb muss jetzt unser Rechtsstaat klare Kante zeigen. Wir müssen diesen Umtrieben Einhalt gebieten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU, der GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Meine Damen, meine Herren, lassen Sie uns deshalb die heutige Plenarsitzung zum Anfang eines langen und schwierigen Weges der Umkehr machen. Wir brauchen das klare Signal: Ein Weiter-so, eine Rückkehr zur Tagesordnung kann es unter dem Eindruck dieser Chats nicht mehr geben. Lassen Sie uns heute klarlegen: Jeder, der Feind unserer Verfassung ist, der ist auch ein Feind von uns Demokratinnen und De-

mokraten. Deshalb braucht es heute einen demokratischen Schulterschluss über die Grenzen der Fraktionen hinweg.

Wir stimmen allen Dringlichkeitsanträgen der demokratischen Opposition zu. Wir weisen das zurück, was Sie heute beantragen. Vor allen Dingen weisen wir zurück, was Sie in Ihren Chats fabuliert haben. Wir schämen uns dafür, Ihre Kolleginnen und Kollegen zu sein. Wir werden alles unternehmen, damit das aufhört.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU, der GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Herr Mehring. – Zu einer Zwischenbemerkung hat sich der Abgeordnete Ralf Stadler von der AfD gemeldet.

Ralf Stadler (AfD): Sehr geehrter Herr Dr. Mehring, von einer Abrüstung in den sozialen Medien, wie sie auch von der Landtagspräsidentin Aigner schon öfters hier im Hause gefordert wurde, ist nichts mehr zu spüren. Auch Ministerpräsident Söder hat mit seiner Aussage "Wir werden die AfD bis aufs Blut bekämpfen!", was schon einen Aufruf zu körperlicher Gewalt darstellt, nicht gerade zu einer Befriedung beigetragen.

(Beifall bei der AfD – Widerspruch bei der CSU)

Er soll auch in einem Facebook-Post davon gesprochen haben: In Zukunft wäre es sinnvoll, eine Stadt zu bauen oder einen Ort zu schaffen nur für Maskenverweigerer und Ungeimpfte. So können sie friedlich aus der Gesellschaft ausgeschlossen werden. – Dieser Post ist natürlich gleich wieder gelöscht worden. Entscheidend ist aber die Gesinnung dahinter. Dem einen oder anderen mag dabei vielleicht Guantanamo oder der "Archipel Gulag" einfallen. Aber Bezüge zur Geschichte dürfen ja von uns nicht hergestellt werden.

Frage: Will Ministerpräsident Söder Ungeimpfte tatsächlich isolieren und ausschließen?

(Zuruf von der CSU: So ein Blödsinn!)

– Blödsinn hat er erzählt.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Mehring, Sie haben das Wort.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Stadler, ich glaube, der als Frage maskierte Teil Ihrer Zwischenbemerkung beantwortet sich von selbst. Selbstverständlich will der Herr Ministerpräsident das nicht. Was der Herr Ministerpräsident aber, glaube ich, möchte – das möchte ich auch –, ist, eine klare Brandmauer zu geistigen Brandstiftern wie Ihnen und Ihren Parteifreunden zu ziehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Unruhe bei der AfD)

Herr Stadler, ich sage es Ihnen ganz deutlich: Mich und alle Kolleginnen und Kollegen, die hier sitzen, haben die Menschen in unserer gemeinsamen Heimat in dieses Parlament gewählt, damit wir politische Spitzenverantwortung für unser Land und seine Menschen tragen. In unserer Verfassung steht, dass wir dabei unserem Gewissen verpflichtet sind. Ich sage Ihnen ganz deutlich: Mit meinem Gewissen ist eine Abrüstung in der Kommunikation zu Ihnen nicht vereinbar. Mein Gewissen meldet sich ganz deutlich und sagt mir: Menschen, die sich einen Bürgerkrieg in Bayern wünschen, sind massiv, mit aller Kraft des Rechtsstaates und mit allen Gaben der Rhetorik, zu bekämpfen, zu bekämpfen und zu bekämpfen, wann immer es möglich ist. Ich will nicht abrüsten. Ich will dafür sorgen, dass Sie spätestens nach der nächsten Landtagswahl keinen Fuß mehr in dieses Parlament setzen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Herr Mehring. – Nächste Rednerin ist die Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN, Katharina Schulze. Frau Schulze, Sie haben das Wort.

Katharina Schulze (GRÜNE): Her Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bayern ist ein lebenswertes Land. Bayern ist deswegen so attraktiv, weil eine starke Zivilgesellschaft, erfolgreiche Wissenschaft, Forschung und Unternehmen hier ihr Zuhause haben. Alle verbindet Weltoffenheit, Vielfalt und Toleranz. Das ist unser bayerisches Lebenselixier. Menschen mit den verschiedensten Lebensentwürfen, mit unterschiedlichen sozialen, kulturellen und religiösen Hintergründen haben hier in unserem Bayern ihre Heimat gefunden.

An dieser Grundlage unseres Zusammenlebens wird von Rechtsradikalen, Rassisten, Antisemiten, Menschen- und Demokratiefeinden gesägt. Dazu zähle ich ganz explizit auch die AfD.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die DNA der AfD ist Destruktion und Sabotage unserer Demokratie. Ihre Strategie ist es, die Grenze des Sagbaren immer weiter nach rechts zu verschieben, zu zündeln und die Botschaften der neuen Rechten salonfähig zu machen. Sie betreiben Spaltung. Sie verbreiten Hass und Hetze. In dem aufgedeckten Telegram-Chat zeigt sich nicht nur eine Diskursverschiebung nach rechts, sondern gewählte AfD-Abgeordnete – gewählte AfD-Abgeordnete! – tauschen sich über einen Angriff auf unser demokratisches System aus. Das, Kolleginnen und Kollegen, zeigt nur erneut, was viele, viele Menschen in diesem Land schon lange sagen: Bewusst und skrupellos verfolgt die AfD ein Ziel – die Destabilisierung und den Sturz unserer Demokratie.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wissen Sie was? – Das lassen wir Demokratinnen und Demokraten nicht zu. Wir ziehen die Brandmauer gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus hoch. Wir geben Ihnen, der AfD, in Bayern keinen Millimeter Platz.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die AfD braucht auch gar nicht weiter zu versuchen, sich eine vermeintlich bürgerliche Fassade zu geben; denn die nimmt Ihnen schon lange niemand mehr ab. Eine Partei, die bei der Rede der Holocaust-Überlebenden Charlotte Knobloch den Saal verlässt; eine Partei, die den Faschisten Höcke als Ehrengast in den Bayerischen Landtag einlädt; eine Partei, die in einem Telegram-Chat von einer "totalen Revolution" schwadroniert, ist ein Sicherheitsrisiko für unser Land.

(Beifall bei den GRÜNEN – Widerspruch bei der AfD)

Genau als ein solches Sicherheitsrisiko muss diese Partei auch behandelt werden. Wer nicht auf dem Boden der freiheitlichen demokratischen Grundordnung steht, muss den wehrhaften Rechtsstaat zu spüren bekommen. Das heißt: Allem, was strafrechtlich relevant ist, muss auch konsequent nachgegangen werden. Verbindungen zu anderen rechtsextremistischen Gruppen und zur organisierten Kriminalität müssen aufgeklärt und unterbunden werden. Für uns GRÜNE – mein Kollege Cemal Bozoğlu hat das hier schon oft im Bayerischen Landtag eingefordert – ist klar: Die AfD in Bayern gehört endlich vom Verfassungsschutz beobachtet. In fünf Bundesländern wird das schon gemacht. Wir GRÜNEN begrüßen es sehr, dass sich der bayerische Verfassungsschutz im Lichte der neuen Erkenntnisse genau mit diesem Thema noch einmal auseinandersetzen möchte.

In dieser Telegram-Chatgruppe – danke an dieser Stelle übrigens an die Journalisten des BR, die das öffentlich gemacht haben, was uns, ehrlich gesagt, zeigt, wie wichtig eine unabhängige und investigative Presse ist, und was im Gegensatz wiederum zeigt, warum Sie ständig gegen Pressefreiheit aufstehen – finden sich fast alle Landtags- und Bundestagsabgeordneten und der Landesvorstand der AfD.

Ich halte also fest: Es gibt eine Chatgruppe in diesem Land, in der fast die komplette Führungsriege der AfD Bayern fröhlich und munter unterwegs ist, in der "Umsturz", "Revolution" und "Bürgerkrieg" offen propagiert und Wahlen sowie das gesamte demokratische System verächtlich gemacht werden. Wir haben es bei der AfD also nicht mit

Ausreißern zu tun, sondern genau das ist bei Ihnen System; deswegen sind Sie von der AfD eine Gefahr für unsere Demokratie.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Denn das, Kolleginnen und Kollegen, was in diesem Chat und in vielen anderen Chats geschrieben wird, bleibt nicht dort. Wir mussten in letzter Zeit schon mehrfach schmerzhaft erleben, dass aus hasserfüllten Worten irgendwann Taten wurden und Menschen starben, weil der Hass sich Bahn brach.

Auch der Blick nach Sachsen zeigt, wie schockierend tief das Gift des rechten Denkens schon eingesickert ist. Dafür – ich sage das so deutlich – tragen Sie als AfD eine Mitverantwortung. Deswegen brauchen Sie mit Ihrem AfD-Antrag nicht wieder aufzujaulen und sich als Opfer zu stilisieren.

(Widerspruch bei der AfD)

Wer es auf die demokratische Grundordnung abgesehen hat, der darf sich über die entschiedene Reaktion einer wehrhaften Demokratie nicht wundern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie sind nämlich Täter, Brandstifter und legen die Axt an unser demokratisches Fundament. Wie schreibt zum Beispiel die Abgeordnete Cyron in diesem Chat? – Ich zitiere: "Denke, dass wir ohne Bürgerkrieg aus dieser Nummer nicht mehr rauskommen werden."

(Lebhafter Widerspruch bei der AfD)

Ganz ehrlich: Der Satz lässt tief blicken; denn er zeigt: Sie sehnen sich nach Chaos

(Widerspruch bei Abgeordneten der AfD)

und Sie sehnen sich nach Gewalt.

Der Pressesprecher der AfD-Bundestagsfraktion sagte mal: Geht es dem Land schlecht, so geht es uns gut. – Das zeigt Ihr perfides System und bringt es genau auf den Punkt. Damit, Kolleginnen und Kollegen, ist die AfD nicht nur ein Sicherheitsrisiko für das Leben vieler Menschen in diesem Land, damit ist die AfD auch ein Risiko für den Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Bayern, für die vielfältige Zivilgesellschaft, für alle, die Weltoffenheit brauchen wie ein Lebenselixier.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deswegen, Kolleginnen und Kollegen, müssen wir Demokratinnen und Demokraten zusammenhalten; denn in jeder politischen Frage steht die AfD für das Gegenteil von dem, was uns in Bayern stark macht. Bayern ist zum Beispiel stark in einem vereinten Europa; Sie sind für Abschottung und Nationalismus. Wissenschaftlichkeit und Aufklärung sind unser Fundament; Sie streuen gezielt Desinformation und haben Freude daran. Wir Demokratinnen und Demokraten stehen für ein Miteinander und Solidarität; Sie von der AfD träufeln jeden Tag Hass und Hetze in unsere Gesellschaft.

(Zuruf von der AfD)

Kolleginnen und Kollegen, es ist jetzt unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, dass es in unserem Land weiter vorangeht, dass wir Demokratinnen und Demokraten zusammenhalten, dass wir in Demokratiebildung und Prävention investieren, unsere Sicherheitsbehörden gut ausstatten, um den Feinden der Demokratie zu begegnen –und vor allem: Sorgen wir gemeinsam dafür, dass nach der nächsten Landtagswahl die Demokratiefeinde der AfD keinen Platz mehr in diesem Parlament bekommen.

(Beifall)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Frau Schulze. – Zu einer Zwischenbemerkung hat sich der Abgeordnete Ralf Stadler gemeldet. Herr Stadler.

Ralf Stadler (AfD): Liebe Frau Schulze, jeder Bewohner Bayerns hat doch das Recht, seine Meinung frei zu äußern.

(Zuruf)

Das steht übrigens auch in der Bayerischen Verfassung. Für wen gilt denn dieses Grundrecht? Für Geimpfte, für GRÜNE, für SPD- oder CSU-Anhänger? Der Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer von den GRÜNEN sagte laut einem Pressebericht vom 11.04.2019 auf dem Jahreskongress "Finanzierung" in seinem Vortrag "Marktversagen auf den Wohnungsmärkten" wörtlich: "Das kann zum Bürgerkrieg führen". – Propagiert der GRÜNE jetzt einen Bürgerkrieg, fordert er dazu auf, oder stellt er eine Prognose auf? – Jeder hier sieht darin etwas anderes. Es ist halt seine Meinung. Entscheidend ist für Sie, die Altparteien und die Medien, doch nur, von wem diese Meinung kommt.

Bei den GRÜNEN sollte man schon ein bisschen vorsichtiger sein; die braunen Gene der angeblich grünen Parteigründer wie Baldur Springmann, der in Hitler-Deutschland Mitglied der SA, der SS und der NSDAP war, lassen sich nicht leugnen. Extremistische Parteien mit solch brauner Vergangenheit sollten da lieber mal den Mund halten und ihn nicht so voll nehmen. Oder bestreiten Sie auch diesen Vorwurf?

(Beifall bei der AfD – Zuruf: Aufhören!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Schulze, bitte schön.

Katharina Schulze (GRÜNE): Zwei Dinge dazu: Erstens. Natürlich hat jeder ein Recht auf seine eigene Meinung, aber nicht auf seine eigenen Fakten. Wissenschaft und Aufklärung sind die Grundlage unseres Zusammenlebens,

(Beifall bei den GRÜNEN)

und daran müssen Sie sich auch messen lassen.

Zweitens. Natürlich kann jeder und jede in diesem Land alles sagen, aber dann muss man sich halt auch darauf einstellen, dass man, wenn man sich rassistisch, sexistisch, antisemitisch oder volksverhetzend äußert, auch Gegenwehr bekommt, und das ist

richtig so; denn unsere Demokratie ist wehrhaft. Wer sich gegen unsere Demokratie stellt, der bekommt es mit den Demokratinnen und Demokraten zu tun und muss es dann auch aushalten, wenn es ungemütlich wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist der Abgeordnete Ulrich Singer von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Ulrich Singer (AfD): Geschätztes Präsidium, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst fordere ich das Präsidium auf, diese Hassreden,

(Zurufe)

die wir vom Kollegen Dr. Mehring und gerade von der Kollegin Schulze von den GRÜNEN gehört haben, eingehend zu prüfen und zu rügen; denn hier hat sich sehr, sehr viel rügefähiger Inhalt offenbart.

(Beifall bei der AfD)

In Wahrheit – –

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Singer, ich darf Sie darauf hinweisen, dass es nicht Aufgabe der Redner ist, das Präsidium zu irgendetwas aufzufordern.

(Anhaltender Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP – Lebhafter Widerspruch bei der AfD)

Ulrich Singer (AfD): Sie bekommen das natürlich auch noch schriftlich von unserem parlamentarischen Geschäftsführer.

(Zuruf)

Geschätzte Kollegen, Horst Seehofer sprach einmal von der "Herrschaft des Unrechts" in Deutschland. – Gerade haben wir es wieder erlebt.

(Zurufe)

Wir setzen uns dafür ein, dass diese noch immer nicht beendete "Herrschaft des Unrechts" wieder zu einer Herrschaft des Rechts verwandelt wird.

(Zuruf)

Auch wir wehren uns gegen eine Zuwanderung in die deutschen Sozialsysteme, aber ganz anders als Horst Seehofer nicht "bis zur letzten Patrone", sondern wir machen das mit friedlichen, demokratischen Mitteln.

(Zuruf)

Die AfD lehnt Gewalt und Umsturz als politisches Mittel strikt ab. Das hat auch die Kollegin Dr. Cyron

(Unruhe)

in ihrer Stellungnahme noch einmal ausdrücklich klargestellt.

Geschätzte Kollegen und Kolleginnen, hier liegt offensichtlich ein großes Missverständnis vor.

(Lachen)

Wir von der AfD-Fraktion sind doch nicht auf die Idee gekommen, einfach mal 13 Millionen Bayern monatelang wegzusperren – eine offensichtlich unverhältnismäßige Maßnahme, die auch nach Auffassung des VGH gegen das Übermaßverbot verstieß. Wir haben in unseren Chats auch nicht zur Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen bis zum neunten Monat aufgefordert oder darüber diskutiert oder bezeichnen ungeborenes Leben als "Zellhaufen".

(Zuruf)

Das ist eher ein Thema der Jusos. Wir demonstrieren auch nicht gemeinsam mit einer linksextremistischen Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands wie Vertreter der "Grün*innen" in Bayern.

(Widerspruch)

Wir haben auch nicht dazu aufgefordert, eine Partei "bis aufs Blut und Messer" zu bekämpfen. So etwas macht dann schon lieber der Herr Ministerpräsident Söder selbst im Zusammenhang mit der AfD. Er trägt mit derartigen Äußerungen ganz klar eine Mitverantwortung für die zunehmende Spaltung der Gesellschaft, aber auch für die Übergriffe auf unsere Infostände, auf unsere Parteibüros und für Farbankschläge auf unsere Wohnhäuser.

(Beifall bei der AfD)

Wir diskutieren auch nicht über die Einführung eines generellen Impfzwangs, eine gesellschaftliche Ausgrenzung Ungeimpfter oder die Einführung von Sanktionen gegen Ungeimpfte. Das kennt man doch eigentlich nur von autoritären Regimen. In diesem Zusammenhang betrachten wir auch mit großer Sorge einen Herrn Olaf Scholz, der geäußert hat, dass für seine Regierung für das, was zu tun sei, keine rote Linien mehr existierten. Offensichtlich bestehen für diesen Mann keine Grenzen mehr, weder in Form von Recht und Gesetz noch in Form unseres Grundgesetzes. Wir sind es auch nicht, die offen politischen Einfluss auf den Inlandsgeheimdienst nehmen. Das haben Herr Kollege Markus Söder und auch Herr Dr. Mehring gerade eben gefordert. Sie fordern die Beobachtung unserer Partei durch den Verfassungsschutz. Damit nehmen Sie ganz klar Einfluss auf den Inlandsgeheimdienst.

(Unruhe)

Vor allem betreibt die AfD-Fraktion auch keine Chatgruppe mit dem von Ihnen geäußerten Inhalt. Das ist eine interessante, aber sehr bössartige Lüge und Unterstellung.

Auf derartige Trickereien sind Sie jedoch angewiesen, weil sonst Ihr Kartenhaus, auf dem Ihre gesamten Anträge aufgebaut sind, einstürzen würde. Wir wissen doch alle, um was es Ihnen wirklich geht. Sie fahren einen Frontalangriff auf unseren hochgeschätzten Vorsitzenden des Bildungsausschusses, der drei Jahre lang anständige Arbeit geleistet hat. Er hat Ihnen niemals einen Sachgrund für eine Abwahl gegeben. Deshalb mussten Sie jetzt ganz tief in die Trickkiste greifen und ein Lügenkonstrukt erfinden

(Unruhe – Zurufe)

eines angeblichen – ich zitiere aus dem Antrag der CSU und FREIEN WÄHLER – "internen Telegram-Chats der AfD-Fraktion in Bayern". Geschätzte Kollegen, richtig ist, dass es einen rein privaten, geschlossenen und stammtischähnlichen Chat gab, der weder von der Fraktion noch von der Partei betrieben wurde.

(Anhaltende Unruhe – Zurufe)

In Wahrheit hat auch der Bayerische Rundfunk in keiner Weise irgendeine Geschichte aufgetan. Anscheinend wurden ihm 160.000 Nachrichten durchgesteckt. Es sind nur eine Handvoll Mitteilungen ganz weniger Mitglieder herausgepickt worden, nicht wohlwollend, sondern mit einer negativen Grundhaltung interpretiert.

(Anhaltende Unruhe)

Geschätzte Kollegen, lassen Sie nicht aus, dass unsere Kollegin Frau Dr. Cyron zu Beginn ihrer Nachricht ganz klar ein Zitat von Tucholsky gebracht hat. Das war einer der bedeutendsten Publizisten der Weimarer Republik, ein bekennender Pazifist und Antimilitarist. Das passt zum Gen der AfD.

(Lebhafter Beifall bei der AfD)

Damit ist doch klar, wie Frau Cyron das gemeint hat. Weggelassen wurde von Ihnen auch, dass dieses Thema nie nachhaltig oder ernsthaft diskutiert wurde. Das war doch

nach 20 Minuten sofort wieder vom Tisch, weil zeitnah eine entsprechende Antwort eines Mitglieds erfolgt ist. Sie versuchen, den Meinungskorridor des Sagbaren in unzulässiger Weise zu beschneiden und einzuengen. Jetzt wollen Sie den Beteiligten eines rein privaten Chats sogar die Deutungshoheit über ihre Nachrichten nehmen, die in der Chatgruppe getätigt wurden. Was Sie betreiben, ist eine mediale und politische Vorverurteilung. Es ist eine Hetzjagd gegen die einzige noch bestehende demokratische Opposition in diesem Land.

(Beifall bei der AfD)

Das weisen wir aufs Allerschärfste zurück. Geschätzte Kollegen, nach alledem müssen Sie Ihre Anträge zurückziehen; denn sie enthalten auch Lügen und Unwahrheiten. Der einzige Antrag, der stehen bleibt, ist der Antrag der AfD. Nehmen Sie keinen politischen Einfluss auf einen unabhängigen Inlandsgeheimdienst!

(Beifall bei der AfD – Zurufe – Unruhe)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Singer, bitte bleiben Sie noch am Rednerpult. – Es liegen zwei Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor, zunächst vom Kollegen Dr. Fabian Mehring von den FREIEN WÄHLERN.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Herr Singer, wie berechtigt und für unsere Demokratie existenziell notwendig die Forderung des Ministerpräsidenten und von mir ist, Ihre Chaostruppe vom Verfassungsschutz beobachten zu lassen, hat Ihre Rede soeben eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Sie sprechen unverständlicherweise von einem Missverständnis. Deshalb will ich Ihnen die Chance zur Aufklärung eröffnen. Sie tragen als Fraktionsvorsitzender die politische Spitzenverantwortung für das, was da geäußert worden ist. Sind Sie bereit, sich davon namens Ihrer Fraktion maßgeblich eindeutig zu distanzieren und als Folge als Fraktionsvorsitzender zurückzutreten? Oder sind Sie nicht dazu bereit?

(Zurufe)

Darf der Bayerische Landtag darauf vertrauen, dass Sie die Kollegin Cyron, die sich einen Bürgerkrieg wünscht, sofort aus einem für Extremismusprävention zuständigen Ausschuss zurückziehen oder nicht? – Für mich gibt es nur diese beiden Möglichkeiten. Entweder ist die rote Linie heute für immer final überschritten, oder Sie stellen das jetzt klar, nehmen Ihren Hut und ziehen die Kollegin ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ulrich Singer (AfD): Geschätzter Kollege, weil es Ihnen anscheinend besonders guttut: Ich distanziere mich auch im Namen der Fraktion ganz klar von jeglichen Umsturzphantasien oder Bürgerkriegsphantasien und wiederhole nochmals, dass wir klar auf dem Boden der Verfassung stehen. Wir wollen mit demokratischen und friedlichen Mitteln eine Wende in diesem Land herbeiführen. Diese ist auch absolut notwendig.

Herr Kollege, ich habe mir die Nachrichten angeschaut. Wir haben sie geprüft. Wir haben keinen strafbaren Inhalt feststellen können. Falls das anders sein sollte, mögen das die Gerichte bewerten. Ich habe auch der Kollegin Cyron zugehört. Ich habe ihre Stellungnahme wahrgenommen. Ich habe gehört, was sie zur Klarstellung im Hinblick auf die Nachrichten gesagt hat. Das müssen auch Sie zur Kenntnis nehmen. Sie können niemanden aufgrund von einem einzigen Satz, den Sie auch noch aus dem Zusammenhang gerissen haben, vorverurteilen. Hören Sie auf Tucholsky. Das ist ein Antimilitarist und ein Pazifist. Das werden auch wir immer bleiben.

(Beifall bei der AfD – Zurufe)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Die zweite Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Schuberl von den GRÜNEN. Herr Schuberl, bitte.

Toni Schuberl (GRÜNE): Ich denke, es ist zu kurz gesprungen, die Debatte allein auf das Zitat von Frau Cyron zu beschränken. Es ist auch relevant, was beispielsweise der stellvertretende Vorsitzende des Verfassungs- und Integrationsausschusses, Christoph Maier von der AfD, sagt. Wahnhaft hängt Maier der Verschwörungstheorie

einer sogenannten Umvolkung an. Er bezeichnet dies als "Great Replacement". "The Great Replacement" war auch die Überschrift über dem Manifest des neuseeländischen Attentäters Brenton Tarrant, der vor circa eineinhalb Jahren in Christchurch über 50 Menschen erschossen hat. "Gesteuert und geplant" werde, laut Maier, Europa zu einem "afro-orientalischen Siedlungsgebiet" gemacht und "im Schatten der Asylindustrie" der "Umbau des deutschen Volkes" betrieben. Seine Äußerungen sind offen rassistisch und islamfeindlich. Die Zuwanderung will Maier mithilfe der Bundeswehr mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln an der Grenze unterbinden. – Das ist die AfD.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Singer, Sie haben das Wort.

Ulrich Singer (AfD): Geschätzter Herr Kollege, ich habe mir die Mühe gemacht, im Rahmen meiner Rede diverse wirklich kritische und verfassungsfeindliche Äußerungen anderer Parteien zu zitieren, die wirklich problematisch sind. Diese wurden allerdings nie in einem solchen Umfang kritisiert, wie es bei der AfD der Fall ist. Wieso werden die Aussagen der AfD auf die Goldwaage gelegt, die anderer Parteien jedoch nicht? – Dieser Frage sollte man sich stellen.

(Zuruf: Geben Sie doch einfach mal Antworten! – Unruhe)

– Ich beantworte diese Frage doch gerade. Wo ist denn das Problem? – Der Kollege kann seine Meinung doch auch frei äußern.

(Zurufe)

– Selbstverständlich sind das Meinungsäußerungen. Wir befinden uns im Plenum zu einer parlamentarischen Debatte, die auch einmal heiß hergehen darf.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Der nächste Redner ist Florian von Brunn von der SPD-Fraktion.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich sage es noch einmal: Frau Cyron, Abgeordnete dieses Parlaments, hat Folgendes geschrieben: "Denke, dass wir ohne Bürgerkrieg aus dieser Nummer nicht mehr rauskommen werden." Damit antwortet sie in einem AfD-Chat auf die Aussage eines anderen AfDlers: "Ohne Umsturz und Revolution erreichen wir hier keinen Kurswechsel mehr." Verehrte Damen und Herren, das ist ein Geständnis und der Aufruf, unsere Demokratie abzuschaffen – nichts anderes.

(Beifall bei der SPD)

In diesem Landtag sitzen leider noch etliche weitere rechtsradikale Abgeordnete, die sich an eben diesem Chat beteiligt haben, in dem gegen unsere freiheitliche und demokratische Verfassung gehetzt wird. Wir haben leider einen Bildungsausschussvorsitzenden, der an diesem Schmutz teilnimmt und uns dann auch noch darüber belügt.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind dem Bayerischen Rundfunk sehr dankbar, die Inhalte dieser Chats aufgedeckt zu haben. Aber, um ehrlich zu sein, wissen wir schon lange, was Geistes Kind die sogenannte AfD ist. Wir kennen die Äußerungen von Gauland und Höcke noch sehr genau, auch die von Weidel und Storch und allen anderen, insbesondere auch von denen in Bayern. Sie sind, wie es Martin Schulz zu Recht gesagt hat, keine Alternative, Sie sind eine Schande für Deutschland!

(Beifall bei der SPD)

Sehr geehrte Damen und Herren, die SPD ist die Partei mit der längsten Geschichte in Deutschland und Bayern. Es war ein Sozialdemokrat, Kurt Eisner, der den Freistaat ausgerufen hat. Wir haben im Reichstag und im Bayerischen Landtag gegen Hitlers Ermächtigungsgesetz gestimmt. Der Sozialdemokrat Wilhelm Hoegner ist Vater der Bayerischen Verfassung. Gestern ist diese wunderbare Verfassung 75 Jahre alt geworden. Darauf sind wir stolz. Das haben wir am Sonntag auch gebührend gefeiert.

Wilhelm Hoegner musste vor den Nazis fliehen. Wegen dieser furchtbaren Erfahrung mit dem Nazi-Regime, das Tod und unfassbares Leid über die gesamte Welt gebracht hat, hat er eine wehrhafte Verfassung geschrieben, genau wie die Väter und Mütter des Grundgesetzes. Wir lieben diese Verfassung. Wir lieben unsere Demokratie und unseren Rechtsstaat. Vor allem lieben wir aber auch unsere offene und vielfältige Gesellschaft. Sie von der AfD hassen all das!

(Beifall bei der SPD)

Sie geifern von "Umsturz", Sie geifern von "Bürgerkrieg", und Sie wollen offensichtlich genau das Trümmerfeld, das uns eine faschistische Ideologie schon einmal gebracht hat. Meine Urgroßtante Toni Pfülf war zu eben der Zeit der Machtübergabe an die Nationalsozialisten Mitglied des Reichstags. Sie hat das, wie auch Wilhelm Hoegner, selbst erlebt und davon berichtet, wie es ist, wenn Freiheit, Demokratie und Parlamente von gewählten Antidemokraten, rechtsextremen Verfassungsfeinden und Nazis zerstört werden. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wissen aus eigener historischer Erfahrung nur zu gut, wann und warum es notwendig ist, unsere Demokratie und die offene Gesellschaft gegen ihre Feinde zu verteidigen.

(Beifall bei der SPD)

Dabei spielt es keine Rolle, wie primitiv und banal das daherkommt. Für uns gilt immer: Wehret den Anfängen! Sie können sicher sein: Wir werden unsere Demokratie immer verteidigen und Ihrem "Schmutz und Schund", wie es in der Bayerischen Verfassung an einschlägiger Stelle heißt, niemals weichen.

(Beifall bei der SPD)

Alle Demokratinnen und Demokraten, und das sind die allermeisten Menschen in Bayern, stehen entschlossen gegen Ihren rechtsradikalen Angriff auf unsere freie Gesellschaft.

(Beifall bei der SPD)

Herr Innenminister, es wäre längst an der Zeit, dass der Verfassungsschutz diese Partei in Gänze beobachtet. Wir erwarten in Bayern deutlich mehr Aufmerksamkeit und Schärfe auf dem rechten Auge. Frau Cyron – ich weiß gar nicht, ob sie da ist oder ob sie sich heute wieder in die Büsche geschlagen hat –, ich bin froh, dass die Staatsanwaltschaft gegen Sie ermittelt, und ich habe auch persönlich Strafanzeige gegen Sie erstattet.

(Beifall bei der SPD)

Sie setzen auf Bürgerkrieg. An dieser Aussage ändert auch eine nachträgliche Pressekonzferenz nichts, auf der Sie dann vor kritischen Fragen das Weite gesucht haben.

(Zurufe – Unruhe)

Faschismus und Feigheit haben immer schon gut zusammengepasst. Sie sind eine Schande für dieses Parlament! Frau Cyron, ich fordere Sie auf: Legen Sie Ihr Mandat nieder!

(Beifall bei der SPD)

Herr Bayerbach, ich bin wirklich froh, dass die demokratischen Fraktionen Sie als Vorsitzenden des Bildungsausschusses abwählen wollen. Wie soll man unseren Schülerinnen und Schülern erklären, dass ausgerechnet der Vorsitzende des Bildungsausschusses an rechtsradikalen Chats teilnimmt, in denen zum Bürgerkrieg aufgerufen wird? – Das können wir nicht verantworten.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden den Anträgen von CSU und GRÜNEN zustimmen und bitten um Zustimmung zu unserem Antrag als klares Zeichen gegen die Feinde der offenen Gesellschaft und für eine wehrhafte Demokratie.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist Herr Kollege Alexander Muthmann von der Fraktion der FDP.

Alexander Muthmann (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist jetzt mit vielerlei Zitaten, Taten und Hinweisen mehrfach deutlich gemacht worden, beginnend mit Herrn Kollegen Dr. Mehring, dass mit der AfD und den Vertretern der AfD hier im Landtag ein Angriff auf unser System und auf unsere Grundlagen unterwegs ist. Nachdem ich ihm berichtet habe, dass wir immer noch ein bisschen mehr hören, bin ich vom Fraktionsvorsitzenden gebeten worden, dies auch vom Pult aus zu sagen. Ich komme dieser Bitte nach. Ich fand den Vortrag vom Kollegen Mehring heute intensiver und eindrucksvoller als die schriftliche Begründung des Antrags. Herr Kollege Dr. Mehring, Ihnen ist heute entgegengehalten worden: "Räumt erst mal in eurem Sauhaufen auf!" An einer anderen Stelle Ihres Vortrags wurde Ihnen entgegnet: "Spinnst du komplett?"

Das sind die Diskussionsgrundlagen und die Haltungen, mit denen wir es zu tun haben. Ich möchte über die Forderungen der Dringlichkeitsanträge, denen wir selbstverständlich zustimmen werden, ein paar Takte mehr sagen.

Natürlich muss die Zentralstelle zur Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus die Vorwürfe sorgfältig aufarbeiten. Natürlich muss sich auch die Generalstaatsanwaltschaft mit diesen Vorwürfen befassen. Auch das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz wird die Antennen ausfahren. Aber auch wir selbst müssen unter dem Eindruck der begangenen Taten und der getätigten Chats aufmerksam sein. Sehr geehrter Herr Fraktionsvorsitzender, ein Chat ist nicht nur ein privater Ort. Auch das, was im Privaten gesagt und geschrieben wird, muss erst einmal gedacht worden sein. Da kann man nicht zwischen politisch und privat trennen. Das ist die Überzeugung von Personen. Das ist auch das, was es so problematisch und so gefährlich macht.

(Beifall bei der FDP)

Jetzt wird da und dort versucht, das eine oder andere zu revidieren. Aber die Überzeugungen bleiben halt. Sie müssen auf dem Radar und auf der Agenda haben: Das wissen auch wir. Ich bin dankbar für die Debatte am heutigen Tage; denn sie hat uns allen noch einmal die Sinne geschärft, um wirklich alle Anstrengungen zu unternehmen, um diesen Umtrieben Einhalt zu gebieten.

Was ist dazu zu tun? – Ich gestatte mir darzulegen, was der Finanzminister vorgestern anlässlich der Rede zur Einbringung des Haushaltsgesetzes zur Ausstattung der Polizei gesagt hat. Der Finanzminister hat gesagt, hier sei inzwischen das Optimum erreicht. – Die Ausstattung ist sicherlich sehr gut; wir können aber trotzdem fragen, ob sie nicht noch besser sein könnte. Jetzt ist es jedoch wichtig, dass es nicht nur im Parlament, sondern auch bei der Staatsanwaltschaft und den Gerichten schnell geht, um einen effektiven Rechtsschutz zu erreichen. Das ist auch ein Teil der Forderungen.

Wir haben eine ganze Masse von Verfahren zu erwarten: Extremisten, Verfassungsfeinde, Reichsbürger, Querdenker, Cybercrime, Hass im Netz und auf der Straße. Jetzt lautet die Frage, wie schnell und effizient der Rechtsstaat darauf reagieren wird. Wir müssen diese schnelle Reaktion ermöglichen, nicht nur bei der Polizei, sondern auch bei den anderen Organen der Rechtspflege. Die Vielzahl der rechtstreuen Bürger setzt auf die Wehrhaftigkeit der Staatsorgane und der Justiz. Straftäter und Störer müssen wissen, dass der Staat schnell und wirksam handelt. Sie müssen die Reaktionen effizient zu spüren bekommen.

Wir werden uns sicherlich bei den Haushaltsdebatten unter dem Eindruck des heute Gesagten mit der Frage befassen müssen, ob wir als Staat schnell genug, effizient genug und entschlossen genug sind. Entschlossen sind wir jedenfalls alle. Das freut mich. Deswegen ist mir um diesen langen, schwierigen, aber wichtigen Kampf nicht bange zumute.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist Herr Kollege Manfred Ländner von der CSU-Fraktion.

Manfred Ländner (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Wir erleben interessante Tage. Vorgestern haben wir gehört, dass wir Vorsicht walten lassen sollen, wenn wir uns für die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger einsetzen. Heute wird in einem Dringlichkeitsantrag gefordert, dass wir unsere Meinung nicht mehr sagen sollen, wenn diese einer gewissen Fraktion nicht passt. Für die Kolleginnen und Kollegen der CSU in diesem Hohen Hause stelle ich fest, dass wir auch weiterhin Anwalt der Bürgerinnen und Bürger sein und auch weiterhin unsere eigene Meinung sagen werden. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der CSU)

Das ist meine ureigene Meinung: Wenn angesichts solcher Äußerungen, wie sie in diesen Chats getätigt und heute schon vielfach wiederholt wurden – ich erspare mir das –, wenn in einer solchen Situation nicht der ganze Instrumentenkasten der wehrhaften Demokratie ausgepackt wird, dann frage ich: Wann dann?

(Beifall bei der CSU)

Den Antrag der AfD werden wir allein schon deshalb ablehnen, weil in diesem Antrag von einem Inlandsgeheimdienst gesprochen wird. Ich kenne keinen Inlandsgeheimdienst. Das letzte Mal, dass auf dem Boden der jetzigen Bundesrepublik Deutschland eine Truppe als geheim bezeichnet wurde, war es die Geheime Staatspolizei, die Gestapo. Dieser Vergleich ist unverschämt; und es ist unerhört, wenn Sie hier mit geheimpolizeilichen Begriffen agieren.

(Beifall bei der CSU)

Das eigentlich Perfide an der Sache ist, dass einige den Staat abschaffen wollen, der ihre Demonstrationen und Aufzüge schützt und ihre Diäten zahlt. Wie perfide ist das noch in diesem Lande?

(Beifall bei der CSU)

Herr Stadler, wenn Sie – wie Sie sagen – nicht demokratiefeindlich sind und das nicht auf Sie zutrifft, dann müssten Sie doch für die Anträge der Regierungsfractionen und dafür richtig dankbar sein, dass wir Ihnen Gelegenheit geben, einen offensichtlich dringend bedürftigen Reinigungsprozess in Ihrer Partei durchzuführen.

(Zuruf)

Sehr geehrte Damen und Herren, wir wissen natürlich alle, dass vieles, was zurzeit in diesem Land vor sich geht, erschreckend ist. Es ist erschreckend, was unter anderem die Pandemie in diesem Land in Teilen an Werten, auch an ideellen Werten kaputtgemacht hat. Es ist erschreckend, wie sich Teile dieser Gesellschaft zeigen; sie scheinen verrückt zu sein, zwar nicht im Sinne eines pathologischen Befundes, aber im Sinne von einem Rücken aus der Mitte der Gesellschaft und aus der Mitte der klaren Gedanken heraus in eine Scheinwelt, eine querdenkende Welt und in eine Situation, die Schlimmes befürchten lässt.

(Zuruf)

Das Schlimme, das wir befürchten, äußert sich nämlich genau in dem, was Sie veröffentlichen. Sie rufen zu etwas auf und reden darüber, und viele Menschen fühlen sich motiviert, diesem Beispiel und diesen Reden zu folgen. Sie gehen auf die Straße und demonstrieren gegen den Rechtsstaat; sie sprechen von einem gewaltbereiten Staat, vom Einsperren und davon, dass wir ein anderes System brauchen. Sehr geehrte Damen und Herren, das Gefährliche ist der Aufruf zum Umsturz aus einem Parlament heraus.

(Zuruf)

Das hat schon in der Weimarer Republik zum Ende der Demokratie geführt.

(Beifall – Zuruf)

Egal wer an der Regierung und wer in der Opposition ist – wir haben ja ein vielfältiges Spektrum von Regierungs- und Oppositionsparteien in diesem Land –, es wird in einer Weise opponiert, bei der man nicht mehr von Kritik sprechen kann; das ist interessant. Es wird massiv opponiert, und es werden in menschen- oder gesundheitsgefährdender Weise Partys und gehalten, Aufzüge gemacht und Versammlungen abgehalten.

Helmut Schmidt hat einmal gesagt: "In der Krise beweist sich der Charakter." Ja, und wir stellen fest: In unserer Gesellschaft haben wir ein gesundes, großes Maß an guten Charakteren, an Menschen, die in Krankenhäusern, bei Hilfsdiensten, im Pflegebereich im Ehren- und im Hauptamt bis an die Grenze der Erschöpfung gegen die Pandemie und für die Gesundheit anderer arbeiten. Das sind hervorragende Menschen, und das ist ein hervorragender Charakter dieser Gesellschaft. – Danke schön dafür!

(Beifall bei der CSU)

Wir haben aber auch eine Gegenseite, die sich mehr und mehr, vielleicht auch durch die Pandemie, herausgefordert zeigt. Das sind Vorgänge im Gedankengut und perfide Gedanken, die vielleicht irgendwo rudimentär und stärker zunehmend bei manchen Menschen vorhanden waren. Sie werden in der Pandemie nach vorne gebracht. Sie werden verstärkt. Hier gilt es, die Aufmerksamkeit aller Demokratinnen und Demokraten walten zu lassen.

(Beifall bei der CSU)

Ich sage Ihnen eines: Die Begriffe "Rechts" und "Links" stammen aus der französischen Nationalversammlung im 18. Jahrhundert. Vielleicht sollten wir nicht mehr in den Kategorien von Rechts und Links denken. Der von mir hochverehrte und leider schon verstorbene Bundestagsabgeordnete Dr. Wolfgang Bötsch hat einmal von "Gesäßbacken-Philosophie" gesprochen. Die Kategorien von politisch Rechts und Links werden mehr und mehr überholt; es vermischt sich. Wir müssen vielleicht folgende Sprachregelung gebrauchen: Parteien, die die Demokratie unterstützen, und Parteien, die die Demokratie bekämpfen.

(Beifall bei der CSU)

Das sind Dinge, die wir uns vielleicht einmal überlegen sollten. – Herr Stadler, nutzen Sie doch diesen Antrag, um vielleicht notwendige Reinigungsprozesse durchzuführen; ich habe es vorhin schon angesprochen. Ich greife keinen an. Ich mache eine Analyse und sage: Freunde, vielleicht müsst ihr etwas tun. Das war ganz harmlos gesagt.

(Unruhe)

Der hier im Parlament gepflegte Umgang ist ein Ringen; ich sage das ganz offen. Auch die Menschen ringen in der Corona-Krise; sie ringen um ihren Arbeitsplatz, mit ihrem Geschäft, sie ringen, um ihre Familie, Schule und Kindergarten am Laufen zu halten. Auch das Parlament ringt in dieser Krise. Wir suchen Lösungen, wir suchen Antworten. Wir werden nicht immer welche finden, aber wir ringen.

Kollegen, gestatten Sie mir eines vor dem Weihnachtsfest: Wenn wir ringen, dann bitte nicht nur mit dem Säbel, sondern auch einmal mit dem Florett. Ich packe auch gerne einmal den Säbel aus; das habe ich vielleicht heute auch gemacht. Aber der Säbel alleine verschreckt die Menschen. Die Menschen wollen nicht, dass Parlamente streiten und feixen. Die demokratischen Kräfte hier im Parlament sind auch ein Vorbild für die Menschen draußen. Wir leben heute Parlamentarismus, indem wir Tendenzen verurteilen, die sich dagegen aufstellen. Zeigen wir diesen demokratischen Konsens dadurch, dass wir sachorientiert um Lösungen in der Politik ringen, aber nicht durch gegenseitige Schuldvorwürfe oder Streit! – Ein schönes Weihnachtsfest!

(Anhaltender Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat der Herr Staatsminister Joachim Herrmann für die Staatsregierung.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Enthüllungen des Bayerischen Rundfunks aus einer Telegram-Gruppe der bayerischen AfD sind wahrlich erschreckend. In den radi-

kalen Chatbeiträgen werden Bürgerkriegsfantasien geäußert, wird Islamhass geschürt und Gewalt angedroht. So spricht sich nach den BR-Angaben ein oberbayerischer AfD-Kreisvorsitzender für den Umsturz aus. Er nennt Deutschland ein "Bananenland", das System "korrupt" und "kriminell", schreibt von "regierenden Verbrechern" und kommt zu dem Schluss: "Ohne Umsturz und Revolution erreichen wir hier keinen Kurswechsel mehr." Wahlen "helfen ohnehin nicht mehr." – Eine Landtagsabgeordnete der AfD antwortet auf diese Nachricht: "Denke, dass wir ohne Bürgerkrieg aus dieser Nummer nicht mehr rauskommen werden."

(Zurufe)

Diese beiden Posts kommentiert ein Mitglied des Landesvorstandes der bayerischen AfD mit den Worten: "Absolute Zustimmung". – Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit solchen Äußerungen wird eindeutig die Schwelle von der Meinungsfreiheit zum Rechtsextremismus überschritten.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Deshalb wird das vom Verfassungsschutz nun intensiv überprüft.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich sage ausdrücklich: Das gilt auch für beteiligte AfD-Abgeordnete. Das Bundesverfassungsgericht hat auf eine Klage linker Bundestagsabgeordneter hin die Hürden für die Beobachtung von Abgeordneten sehr hoch gesetzt. Wenn aber Abgeordnete Bürgerkriegspropaganda betreiben, werden solche Hürden ganz offensichtlich genommen, und dann muss auch das Verhalten von Abgeordneten näher angeschaut werden.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wohlgemerkt: Der Telegram-Chat ist laut Angaben des BR unter der Bezeichnung "Alternative Nachrichtengruppe Bayern" mit etwa 200 Teilnehmenden zwischen

Ende 2017 und Mitte 2021 geführt worden. Nach den Angaben, die wir hier lesen und hören konnten, sind das eben nicht irgendwelche Spinner aus irgendwelchen Seitenästen der AfD, sondern unter den Teilnehmenden der Chatgruppe sollen sich 16 der damals 18 bayerischen Landtagsabgeordneten und 11 der 12 damaligen Bundestagsabgeordneten befunden haben, und aus dem im Oktober neu gewählten AfD-Landesvorstand sollen 10 von 13 Personen vertreten gewesen sein. Das ist doch ganz offensichtlich die gesamte Führungsschiene der AfD in unserem Land, meine Damen und Herren, nicht irgendwer und irgendetwas.

Nach Wahrnehmung dessen, was bislang und auch heute dazu in der Öffentlichkeit vonseiten der AfD als Reaktion kam, stelle ich fest: Bis heute gab es kein Dementi, dass das falsch und erfunden ist. Es gibt lediglich nette Aussagen, das sei doch nicht so gemeint gewesen.

(Zurufe)

Das sind die bisherigen Reaktionen, auch die Antworten der AfD-Abgeordneten, die heute offensichtlich nicht hier ist. Ihr Kommentar war, das sei doch von ihr nicht so gemeint gewesen. Das ist kein Dementi! Noch keiner hat gesagt: Das habe ich nicht gesagt; das habe ich nicht geschrieben. Von keinem Einzigen von Ihnen habe ich eine Aussage dergestalt gehört, er oder sie hätte das so nicht gesagt.

(Zurufe)

Wir werden das schon sehr genau weiter untersuchen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich kann mich deshalb den klaren Worten im Dringlichkeitsantrag von FREIEN WÄHLERN und CSU-Fraktion und auch im Dringlichkeitsantrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und im Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion nur anschließen. Ich bitte um Unterstützung dieser Anträge.

Ich kann nur immer wieder sagen: Wir sind in diesem Hohen Haus, jedenfalls die große Mehrheit, gemeinsam stolz darauf, dass wir in unserem Land eine sehr tole-

rante Gesellschaft sind. Diese Toleranz stößt aber dort an Grenzen, wo sie auf fanatische Intoleranz trifft. In der Tat ist es eine Lehre aus der deutschen Geschichte: Wenn die Toleranten zu lange tolerant gegenüber fanatisch Intoleranten sind, kann der Tag kommen, an dem die Intoleranten die Macht übernehmen und die Toleranten gar nichts mehr zu sagen haben. Das wollen wir nie wieder erleben, weder in Bayern noch in Deutschland.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Deshalb brauchen wir eine wehrhafte Demokratie, die sich solchem Treiben entgegenstellt.

(Anhaltender Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Minister, danke, dass Sie noch am Rednerpult bleiben. – Zu einer Zwischenbemerkung hat sich der Abgeordnete Ralf Stadler, AfD, gemeldet.

Ralf Stadler (AfD): Sehr geehrter Herr Staatsminister, wenn jemand wie Sie wie ein Irrer gegen die AfD hetzt,

(Lebhafter Widerspruch)

aber gegen Söders Aufruf zu körperlicher Gewalt nichts unternimmt, dann kann man wirklich schon von Regierungsextremismus sprechen.

(Unruhe)

Übrigens: Ihr CSU-Kollege Thomas Kreuzer soll am Rande einer CSU-Veranstaltung in Landshut 2016 ebenfalls gesagt haben: Das wird, fürchte ich, unweigerlich zu einem Bürgerkrieg kommen. – Warum machen Sie denn da nichts? Wieso werden solche Meinungsäußerungen von Ihrer Partei nicht kritisiert? Bitte! Auf geht's!

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Angesichts des Getöses in Ihren eigenen Reihen ist es mir leider nicht möglich, und zwar weder akustisch noch logisch, in irgendeiner Weise nachzuvollziehen, was Sie da von sich geben. Ich kann nur sagen: Überdenken Sie das selbst noch einmal. Wir warten darauf, dass Sie sich klar distanzieren und dass Sie klar sagen: Mit solchen Äußerungen wollen wir nichts zu tun haben. – Bislang haben wir so etwas nicht gehört, auch heute hier nicht.

(Zurufe)

Sie haben auch auf die Äußerungen des Kollegen Mehring keine klaren Antworten gegeben.

Deshalb sage ich: Wir können es der Demokratie in unserem Land nicht zumuten, dass weiterhin solche gespenstischen Umtriebe auch gar noch von Abgeordneten dieses Hohen Hauses stattfinden. Dem werden wir uns klar entgegenstellen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter Stadler, ich erteile Ihnen eine Rüge für Ihre Aussage "wie ein Irrer"!

(Beifall)

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Hierfür werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion FREIE WÄHLER und der CSU-Fraktion auf Drucksache 18/19391 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der FDP, der CSU, der FREIEN WÄHLER, der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte anzeigen. – Das ist die AfD-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wer dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/19473 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen bitte anzeigen. – Das sind die FDP, die CSU, die FREIEN WÄHLER, die SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Danke schön. Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/19474 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU und FDP. Gegenstimmen bitte anzeigen. – Das ist die AfD-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/19397 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU und FDP. Danke schön. Gegenstimmen bitte anzeigen. – Das ist die AfD-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.